

**Demonstration gegen
Rassismus. Gegen
Internierungen und
Ausschaffungsknäste**



**Samstag, 16. Oktober,
13 Uhr, Hegibachplatz
(Tram Nr. 11 oder Bus Nr. 31);
ca. 14 Uhr: Bellevue**

Nationale Befreiungsfront Kurdistan ERNK, PdA-Zürich, Antirassismus-Café,
Komitee Stop Rassismus, IGEMATZ, Gassenküche, SBP, Asylkoordination Zürich,
rifondazione comunista, Interessengemeinschaft Rote Fabrik (IGRF), TKEP

**Manifestation against
Racism. Against
Internments and
Extradition-camps**

**Irkcılığa, Enterne ve
Sınırdışı Etmelere
Karşı Yürüyüş**



**Saturday, 16th of octobre 1993,
13 h, Hegibachplatz**

**16 Ekim 1993, Cumartesi,
Saat 13 te, Hegibachplatz**

TKP-KIVILCIM, Fekar Kurdistan, Kütüşch, Kulturzentrum Kurdistan, Kurdistan
Zentrum, Schweizerisches Komitee Freiheit für Mumia Abu Jamal, Infoladen Kasama, AG
gegen Internierungen

Demonstration gegen Rassismus.

Gegen Internierungen und Ausschaffungsknäste

Die Biedermänner sind los. Wortreich distanzieren sich Politgrößen von rechtsradikalen Brandstiftern und inszenieren gleichzeitig Massnahmen zur weiteren Entrechtung von AusländerInnen.

Seit einem halben Jahr werden in Zürich AusländerInnen wegen Vergehen interniert, für die man SchweizerInnen nicht belangt. Diese Internierungen haben das Feld für eine Verschärfung der Strafbestimmungen im Ausländerrecht vorbereitet. Der Bund will die Ausschaffungshaft von bisher 30 Tagen auf 6 Monate verlängern. Mit der Einführung einer dreimonatigen „Vorbereitungshaft“ sollen zusätzlich Menschen ohne Schweizer Pass bereits wegen einfachen Anhaltungen durch die Polizei ins Gefängnis gesteckt werden können. Gleichzeitig soll AusländerInnen auch noch der eh schon schwache Schutz vor Polizeiwillkür entzogen werden. Für den Vollzug dieses Sonder-un-rechts plant der Kanton Zürich den Bau von über hundert Gefängnisplätzen auf dem Areal des Flughafens Kloten.

Diese Sonderjustiz ergänzt die zunehmende Abschottung der Wohlstandsinsel vor „unerwünschten“, da vom Kapital nicht „verwertbaren“ AusländerInnen. Flüchtlinge aus dem Kosovo und aus Sri Lanka sollen diskussionslos ausgeschafft werden. Albanien, Tschechien und die Slowakei will man als „verfolgungssicher“ (Safe Countries) erklären. Saisoniers aus Ex-Jugoslawien verweigert man die Wiedereinreise in die Schweiz.

Zur Tradition schweizerischer Politik gehört, dass das Ausländer-un-recht als Repressionsmittel gegen die für politische Veränderungen und Befreiung kämpfenden Menschen eingesetzt wird. In den fünfziger Jahren wies man italienische Kommunistinnen und Kommunisten aus der Schweiz aus. Heute werden Verbote kurdischer Organisationen diskutiert und Einreisesperren gegen VertreterInnen des kurdischen Widerstands verhängt.

Repression und Ausgrenzung erfolgen nicht nur entlang nationaler Grenzen. In Zürich hat man auch für nicht in der Stadt wohnende DrogenkonsumentInnen Sondergesetze eingeführt. Zuerst wurde ihnen der Zugang zu den Anlauf- und Notschlafstellen verwehrt. Heute verhaftet man die Junkies bereits wahllos und steckt sie für 24 Stunden oder länger in den Drogenknast an der Heliosstrasse. Die neue Drogenpolitik lässt der Willkür freien Lauf. Behörden, Polizei, aber auch in deren Hände spielende „Sozial“- und „Fürsorge“beamte können je nach Gusto mit Gummibegriffen wie „schwere Verwahrlosung“, „Selbstgefährdung“ oder „soziale Unkontrollierbarkeit“ den DrogenkonsumentInnen die Freiheit entziehen. Rechte, die allen BürgerInnen zustehen (zum Beispiel das freie Aufenthaltsrecht), werden den Junkies aberkannt. Der Drogenkrieg hat damit eine neue Dimension erreicht.

Die Massnahmen gegen AusländerInnen und DrogengebraucherInnen haben eines gemeinsam: „Unerwünschte“ Menschen führt man einer Sonderbehandlung zu; sie kommen für Verhaltensweisen oder Vergehen in Haft, für die man sich „wohlverhaltende“ SchweizerInnen nicht belangt. Die neuen Verfahren zementieren die soziale und rassistische Ausgrenzung. In ihnen werden Züge einer autoritären Umgestaltung des Staates sichtbar. Dafür mobilisiert man die Massen (Blick). Der institutionelle Rassismus und die offen antisemitisch und rassistisch agierenden Fascho-Gruppen geben sich so die Hand.

Wenn die Hatz gegen unerwünschte AusländerInnen und Junkies zur Regierungsdoktrin wird, wenn man Gruppen von Menschen für vogelfrei erklärt, wenn ausländerfreundliche Sonntagsreden zur blossen Vertuschung einer rassistischen Umgestaltung der Gesellschaft verkommen; müssen wir unseren Widerstand verstärken: Gegen die offene Gewalt von Faschisten, gegen Behördenrassismus, gegen die Hetze der Medien und gegen Rassismus und Sexismus im Alltag, im Quartier am Arbeitsplatz, überall.

Wir rufen alle solidarischen Menschen auf, sich mit ihren Forderungen und Aktionen an der Demonstration gegen Rassismus, Internierungen und Ausschaffungsknäste zu beteiligen:

- **Keine Sonderjustiz für AusländerInnen und KonsumentInnen nicht-legaler Drogen !**
- **Gegen Internierungslager und Drogenknäste: Heliosstrasse muss weg, Kloten darf nie gebaut werden !**
- **Stop den Ausschaffungen von Menschen in den Kosovo, nach Sri Lanka, die Türkei...!**
- **Gegen die Kriminalisierung der für ihre Befreiung kämpfenden Menschen. Solidarität mit dem Kampf des kurdischen Volkes !**
- **Bleiberecht für alle. Es gibt keine „Safe Countries“! Offene Grenzen hier und überall !**
- **Gegen die repressive Drogenpolitik !**
- **Solidarität mit der Wohlgroth !**